



Petra Merkel, MdB

Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 08/2006

Sonderausgabe zur Klausursitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 1. September 2006

Aus dem Bundestag

In der Klausursitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 1. September 2006 in Adlershof hat die Fraktion die Themenschwerpunkte und Aufgaben der kommenden Monate formuliert. Zu Gast war der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit, der über Integration und Integrationspolitik sprach. Zu Ihrer Informationen erhalten Sie hier in dieser Sonderausgabe einen kurzen Überblick über die behandelten Themen:

Wir sind auf einem guten Weg. Die Reformen der Agenda 2010 zeigen endlich ihre Wirkung, sowohl bei den wirtschaftlichen Daten als auch auf dem Arbeitsmarkt. Auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel erkennt die Leistungen von Gerhard Schröder und der SPD an.

Die Steuereinnahmen steigen, wir haben deshalb schon dieses Jahr gute Chancen, das EU-Defizitkriterium von 3 Prozent zu unterschreiten – zum ersten Mal seit 2002 –, das BIP hat im letzten Quartal um 0,9 Prozent zugelegt – der stärkste Zuwachs seit fünf Jahren –, die Arbeitslosenzahlen gehen stetig zurück und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt wieder – mit der Folge, dass die Bundesagentur für Arbeit in diesem Jahr einen Überschuss erwirtschaften kann.

Das alles zeigt, dass wir nicht erst seit neun Monaten auf dem richtigen Kurs sind, sondern dass sich nun endlich auch die Früchte unserer Arbeit der letzten Jahre einstellen.

Eine Anmerkung zur Diskussion über die weitere Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge über das vereinbarte Maß von zwei Prozentpunkten zum 1. Januar 2007 hinaus: Der Überschuss von rd. 9,5 Mrd. Euro, der bisher lediglich prognostiziert ist, ist zu gut einem Drittel einem Einmaleffekt aus dem veränderten Beitragseinzug geschuldet. Das heißt, nächstes Jahr gibt es diesen Effekt nicht mehr. Deshalb gibt es auch gar keinen Grund, über die vereinbarte Senkung von zwei Prozentpunkten hinaus zu gehen. Eine Senkung von 2,5 Prozentpunkten ist nicht

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 • 10623 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

nachhaltig zu finanzieren. Auch der Koalitionspartner sollte bei dieser Diskussion auf dem Teppich bleiben.

NAHER OSTEN

Die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten hat uns alle überrascht und erschüttert. Außenminister Steinmeier hat mit seinem unermüdlichen Einsatz viel dazu beigetragen, dass es gelungen ist, die Waffen zum Schweigen zu bringen. Aber die Waffenruhe ist labil und die Situation der Menschen in den umkämpften Gebieten ist nach wie vor äußerst schwierig. Deshalb geht es jetzt vor allem um zwei Dinge: Die Lage zu stabilisieren und humanitäre Hilfe zu leisten. Deutschland und die Europäische Union haben umfangreiche Hilfen zugesagt. Die Bundeswehr hat bereits mit Hilfsflügen begonnen. Heidi Wieczorek-Zeul hat die Bundesregierung bei der internationalen Geberkonferenz in Stockholm vertreten und konkrete Unterstützung u. a. beim Wiederaufbau der Infrastruktur angeboten.

Eine wichtige Voraussetzung zur Stabilisierung der Lage ist die Umsetzung der Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrates. (Die Resolution finden Sie im Anhang.)

In New York wurde bis in die letzten Tage über die Einzelheiten der UN-Mission UNIFIL beraten. Das Kabinett wird sich zu Beginn der kommenden Woche mit der Lage im Nahen Osten ausführlich beschäftigen. Dann wird auch im Detail klar sein, welche Anforderungen an uns gerichtet werden und welcher Beitrag von uns erwartet wird. Zwei Dinge hat die Bundesregierung allerdings schon im Vorfeld klargestellt: Es wird keinen Kampfeinsatz deutscher Bodentruppen im Libanon geben. Und es werden keine Bundespolizisten zur Absicherung der libanesischen Grenzen eingesetzt. Wir werden aller Voraussicht nach in der nächsten Woche im Bundestag über einen möglichen Einsatz abstimmen.

HAUSHALT 2007

Nächste Woche werden wir den Haushalt 2007 einbringen. Trotz der jetzt guten Zahlen und Daten: Es besteht kein Grund für Entwarnung. Wir werden unseren Dreiklang aus Konsolidierung, strukturellen Reformen und Investitionen und unsere Konsolidierungsanstrengungen unverändert fortsetzen. Und deshalb gibt es auch keinen Grund, die Mehrwertsteuererhöhung zurückzunehmen. Der Bund braucht dieses zusätzliche Geld ebenso wie die Länder und die Bundesagentur für Arbeit: Ein Drittel der zusätzlichen Einnahmen geht an den Bund, ein Drittel an die Länder und ein weiteres Drittel an die Bundesagentur für Arbeit, um daraus einen Prozentpunkt der Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu finanzieren. Wenn wir auch im nächsten Jahr das Maastrichtkriterium einhalten und gleichzeitig die Regelgrenze des Art. 115 GG beachten wollen – und das ist unser erklärtes Ziel – können weder Bund noch Länder auf die Mehrwertsteuererhöhung verzichten. Das sollte auch die Opposition wissen.

Zwei weitere Kernanliegen der Koalition werden uns in den nächsten Monaten intensiv beschäftigen. Da ist zum einen die Unternehmenssteuerreform zu nennen. Wir wissen alle, dass die nominale Steuerlast für Kapitalgesellschaften in Deutschland bei etwas über 38 Prozent liegt. Das ist der höchste Wert innerhalb der EU und er beeinträchtigt ohne Zweifel die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und unseres Standortes. Deshalb ist es richtig, den Steuersatz auf knapp unter 30 Prozent zu senken. Uns geht es dabei aber nicht um eine Steuersenkung für Unternehmen und um milliardenschwere Entlastungen, sondern unser Hauptanliegen ist es, den Steuersatz für Unternehmen zu senken. Deshalb gehört zur Unternehmenssteuerreform zwingend auch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Das sind zwei Seiten einer Medaille und das eine wird es ohne das andere nicht geben. Daraus folgt dann



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

auch, dass die Unternehmenssteuerreform mittelfristig weitgehend aufkommensneutral ausgestaltet sein wird. Klar ist aber auch, dass die Aufkommensneutralität nicht bereits im ersten Jahr erreicht werden kann. Das liegt an der Ungleichzeitigkeit, mit der die unterschiedlichen Maßnahmen wirken. Aber eine dauerhafte milliarden schwere Nettoentlastung für die Unternehmen wird es nicht geben und das wissen auch alle Beteiligten. In die Gesetzgebung werden wir erst im Frühjahr nächsten Jahres eintreten.

Das zweite Thema ist die gesetzgeberische Umsetzung der Eckpunkte der Gesundheitsreform. Dass die Eckpunkte heftige Reaktionen der Lobbyisten hervorrufen würden, war klar. Klar ist aber auch, dass die Eckpunkte gelten und dass sie die Grundlage für den Gesetzestext sind, an dem die Gesundheitsministerin gerade arbeitet. Das heißt auch, dass es den Risikostrukturausgleich, so wie vereinbart, geben wird und ebenso einen Basistarif bei Privatkassen. Das haben wir gemeinsam vereinbart und das setzt Ulla Schmidt jetzt um.

Termine

LIETZENSEEFEST

Am Samstag, den 2. September 2006, von 14.30 bis 18.30 Uhr, findet das Familienfest am Lietzensee der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf auf der Schillerwiese am Lietzensee, Zugang Kaiserdamm.

Für Kinder gibt es zahlreiche Attraktionen, für die Erwachsenen politischen Höhepunkte. Als Besucher und Talkgäste werden erwartet: der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, der Innensenator Ehrhart Körting, Schulsenator Klaus Böger, die Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer, Finanzsenator Thilo Sarrazin, sowie zahlreichen weiteren SPD-Politikerinnen und -Politikern der Landes- und Bezirksebene. Zwischen den Talkrunden sorgt die Musik der Band Mick's Washboard für abwechslungsreiche Unterhaltung.

Auch ich werde wie jedes Jahr mit einem Stand vertreten sein und Bürgerinnen und Bürgern zur Diskussion zur Verfügung stehen. An meinem Stand finden Sie sich Informationen rund um meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete und Material zu wichtigen Gesetzesänderungen und die Arbeit der Großen Koalition. Für die Kinder gibt es beim "Handtaschenweitwurf" die Möglichkeit Rekorde aufzustellen und kleine Preise zu gewinnen.

VERANSTALTUNG FÜR ERSTWÄHLER

Petra Merkel

lädt alle interessierten Schülerinnen und Schüler ein:

„Ohne Bildung ist kein Staat zu machen“

am Montag, den 4. September 2006,

Einlass: 19.00 Uhr, Beginn: 19.30 Uhr.

Deutscher Bundestag, Jakob-Kaiser-Haus,
Eingang Wilhelmstraße 68 *, Raum 1.302.

Auf dem Podium stehen zur Diskussion zur Verfügung.

Edelgard Bulmahn, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung a. D.,



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stephan Schwarz, Präsident der Handwerkskammer Berlin und
Prof. Dr. Kurt Kutzler, Präsident der TU Berlin.

Als kompetente Gesprächspartner begrüßen wir außerdem von der Berliner Landesebene:
Daniel Cammann, stellvertretender Landesvorsitzender der Jusos Berlin,
Christian Gaebler, MdA, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft u. Forschung, und
Frank Jahnke, MdA, Sprecher für berufliche Bildung.

Bitte melden Sie sich per E-Mail petra.merkel@bundestag.de oder telefonisch unter der Telefonnummer 227 77262 an und teilen Sie uns Ihr Geburtsdatum mit.

Bitte denken Sie daran, dass Sie beim Einlass Ihren Lichtbildausweis vorzeigen müssen!

(* Der Eingang befindet sich gegenüber dem ARD-Hauptstadtstudio.)

SOMMERGESPRÄCHE

Bei meinen Sommergesprächen 2006 finden Sie mich für Gespräche, Fragen und Anregungen an folgenden Infoständen:

Montag, 11. September 2006, 9.30 Uhr, Infostand am Prager Platz

Montag, 11. September 2006, 14.30 bis 16.00 Uhr, Sommergespräch mit Marc Schule, Gang über die Reichsstraße

Dienstag, 12. September 2006, 9.30 Uhr, Infostand Klausenerplatz

SOMMERFEST AM RÜDESHEIMER PLATZ

Am Samstag, den 9. September 2006, findet das Sommerfest der SPD am Rüdesheimer Platz statt. Auch ich werde dort mit einem Infostand ab 11.00 Uhr anwesend sein.